

Arbeitslosigkeit, Inflation, Dauerkrise der Politik – Frankreich hat in der Zwischenkriegszeit vieles mit Deutschland gemein. Dennoch gerät dort die Demokratie nicht in Gefahr. Auch bei den Nationalisten gibt es einen tiefsitzenden Respekt vor den republikanischen Institutionen. Erst Hitlers Armee besiegelt das Ende der Dritten Republik.

AUFRUHR IN PARIS

Von Stefan Simons

Während sich Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland bekämpften, stärkte in Frankreich eine vereinigte Linke die Republik.

Die Losung klingt nicht gerade nach Staatsstreich: „Nieder mit den Räufern“, heißt die Parole, die am 6. Februar 1934 im Zentrum von Paris mehrere tausend Demonstranten mobilisiert. Während im Parlament die Vertrauensabstimmung über die gerade berufene Regierung von Edouard Daladier ansteht, sammeln sich vor der Oper die Anhänger rechter Organisationen – „Action française“, „Jeunesses patriotes“, „Croix-de-feu“ oder der Nationalen Union der Kriegsteilnehmer. Aber auch Kommunisten und linke Veteranen folgen dem Aufruf der KP-Zeitung „L'Humanité“ zum Kampf gegen Korruption und unsaubere Machenschaften der Abgeordneten.

Die Regierung hat Vorsichtsmaßnahmen getroffen: Polizeikräfte und sogar Militär ziehen an den Boulevards der Hauptstadt auf, die Seine-Brücke am Palais Bourbon, dem Sitz der Nationalversammlung, wird von Gendarmen abgeriegelt. Am Nachmittag kommt es vor der Oper zu ersten Zusammenstößen; als der Marsch auf die Place de la Concorde mündet, eskaliert die Kundgebung zur Straßenschlacht. Be-

Unter dem Druck der Öffentlichkeit und von seiner eigenen Partei im Stich gelassen, tritt Edouard Daladier, der gerade bestätigte Regierungschef, am Tag danach zurück; Präsident Albert Lebrun betraut einen seiner Amtsvorgänger, Gaston Doumergue, mit der Bildung einer breiten „Burgfrieden“-Koalition – die Staatskrise ist abgewendet.

Der Anlass? Angesichts anderer kapitaler Finanzaffären eine beinahe banale Serie von Betrügereien, die schließlich in der sogenannten Stavisky-Affäre kulminiert. Dahinter verbirgt sich die Karriere eines gewieften Hochstaplers, der mit Charme und beträchtlicher krimineller Energie ein Vermögen erschwindelt hat und – dank guter Beziehungen zu hohen Pariser Politikern – lange der Justiz entkommt.

Während sich eine parlamentarische Untersuchungskommission mit den Hintergründen befasst, streiten Linke wie Rechte über die historische Interpretation der Vorfälle: Nationalisten und rechtsextreme Randgruppen sprechen von einem Aufbegehren der Volksseele gegen eine verkommene Politikerkaste – wenn nicht gar von der Abwehr einer dräuenden bolschewistischen Revolution. Für Sozialisten und Kommunisten ist der Aufruhr nichts weniger als ein „faschistischer Putschversuch“.

Stand Frankreichs Demokratie damals vor dem Zusammenbruch? Drohte, ein Jahr nach der Macht ergreifung der deutschen Nationalsozialisten, in Paris ein Umsturz durch rechtsextreme Kräfte?

„Autoritäre Entwicklungen waren durchaus vorhanden, es gab eine Bandbreite nationalistischer Verbände und Gruppierungen mit faschistisch geprägter Ideologie und Praxis“, sagt der Augsburger Historiker Andreas Wirsching, „doch die vielbeschworene Putschgefahr gehört zum Gründungsmythos des französischen Antifaschismus.“ Der Professor für Neuere und Neueste Geschichte, der in Paris die Polizeiakten der Vorfälle einsah, ist überzeugt: „Keine der politischen Organisationen besaß die Kraft, per Aufstand die Macht an sich zu reißen.“

Es fehlte aber nicht nur der „Wille zur Macht“ (Wirsching). Die ideologischen Grundlagen waren ebenfalls andere als in Deutschland. Gewiss existierte auch in Frankreich ein antisemitischer Reflex. Selbst bürgerliche Schichten, so Wirsching, seien „bisweilen von einem christlich-religiösen Antisemitismus erfasst“ worden.

Doch die Mixtur aus antikapitalistischen und antikommunistischen Feindbildern entlud sich nur selten in einem wirklich virulenten Judenhass. Selbst bei den Nationalisten und Faschisten nahestehenden Verbänden führte dumpf völkischer Antisemitismus



BITTERER SIEG

Am Arc de Triomphe in Paris feiern die Franzosen 1919 ihren Sieg über Deutschland. Doch die Kriegsbilanz ist verheerend: 1,35 Millionen eigene Soldaten sind gefallen oder werden vermisst, das Land ist praktisch pleite.

rittene Garden treiben die Menschen auseinander, dann, bei Einbruch der Dunkelheit, fallen Schüsse.

Die Bilanz der Zusammenstöße: mindestens 15 tote Demonstranten, ein getöteter Polizist, rund 1500 Verletzte. „Bürgerkrieg“, „Aufruhr von Faschisten und Kommunisten“ und „Paris bedeckt von Blut“, schreiben die Zeitungen über die schlimmste Konfrontation in der Hauptstadt seit dem Aufstand der Pariser Kommune 1871.



nicht zu einer rechten Massenbewegung. Erst mit der deutschen Besatzung wucherten Verrat, Pogrome und Deportation.

Und noch etwas unterschied Frankreich vom deutschen Nachbarn: Während sich Kommunisten und Sozialdemokraten in Deutschland erbittert bekämpften, stärkte in Frankreich eine vereinigte Linke die Republik.

Dennoch wird in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts Paris ebenso wie Jahre zuvor Berlin von Streiks und Straßenschlachten erschüttert, Bestechungsaffären, Kungeleien und Korruption schwächen das Ansehen der politischen Führungsriege. Regierungen wechseln zeitweise im Monatstakt.

Arbeitslosigkeit, Inflation und Kapitalflucht gefährden die prekäre Stabilität, antidemokratische und totalitäre Vorstellungen gewinnen an Boden. Es ist eine Epoche, in der der Rechtsstaat in Deutschland wie in Frankreich von einem „ideologischen Zweifrontenkrieg“ (Wirsching) bedroht wird und sich mit Kommunismus und Rechtsextremismus konträre demokratiefeindliche Bewegungen etablieren.

Die rasante Entwicklung der Gegensätze, die Eric Hobsbawm als „Zeitalter der Extreme“ charakterisiert hat, fußt in beiden Ländern auf den Ergebnissen des Ersten Weltkriegs.

Der Friedensvertrag von Versailles wird in Deutschland zur Hypothek der Weimarer Republik. In Frankreich hingegen wird der 11. November, der Tag des Waffenstillstands 1918, zum Feiertag erklärt. Die alljährlichen Rituale vor den Gefallenendenkmälern verklären die Metzeleien in den Schützengräben zum Höhepunkt der republikanischen Erinnerungskultur.

Eine Selbsttäuschung angesichts der verheerenden Kriegsbilanz: 1,35 Millionen Soldaten (10,5 Prozent der männlichen Bevölkerung) sind gefallen oder werden vermisst. Die demografische Lücke wird Frankreich lange belasten; 1931 erreicht die Zahl der Erwerbstätigen 20,8 Millionen – etwa die Höhe von 1906 (20,4 Millionen). Der industrialisierte Norden und der Osten sind verwüstet, 20 000 Fabriken sind

beschädigt, Eisenbahnlinien und Straßen unbenutzbar, Felder und Wiesen durch Bombentrichter umgepflügt, durch Minen und Gift unbrauchbar. Die „Illusion des Sieges“ nennt Stefan Martens, Vize-Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, die verquere Wahrnehmung der eigenen Grandeur.

Die Industrieproduktion hat sich seit Beginn des Krieges mehr als halbiert. Obendrein war der Krieg auf Pump geführt worden, Anleihen und Kriegskredite haben die Auslandsschulden astronomisch anschwellen lassen. Frankreich hat gesiegt, aber ist praktisch pleite.

„L'Allemagne paiera“, heißt daher das Motto, mit dem Paris umfangreiche Reparationszahlungen und Sachleistungen einfordert. Außerdem muss Deutschland das Elsass und Lothringen abtreten, das Rheinland kommt faktisch für gut ein Jahrzehnt unter französische Besatzung. Doch die Wirtschaft erholt sich nur schleppend, der Wert des Franc rutscht ab, zumal die USA und Großbritannien auf der Rückzahlung ihrer während des Krieges gewährten Kredite bestehen.

Vielleicht noch schlimmer: Mit dem Friedensvertrag bröckelt die Bündnistreue der Alliierten. Ministerpräsident Georges Clemenceau muss erleben, dass US-Präsident Woodrow Wilson visionären Vorstellungen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nachhängt, während Großbritanniens Premier Lloyd George plötzlich darauf drängt, das geschlagene Deutschland nicht zu sehr zu schwächen.

Außenpolitisch zunehmend isoliert, von Versorgungsengpässen gebeutelt, kommen und gehen die Regierungen der Dritten Republik wie auf einer Drehbühne – wobei die immer gleichen Protagonisten des politischen Schauspiels nur die Rollen wechseln.

Der Ruf nach Stabilität und Ordnung beschert der Republik 1919 ein Mitte-rechts-Bündnis, dem viele ehemalige Militärs angehören. Während der „Bloc national“ mit brachialer Härte Streiks gegen die Teuerung oder Ausstände für die Verstaatlichung der

REVOLTE

Am 6. Februar 1934, dem Tag der großen Demonstration in Paris, steht ein Autobus auf der Place de la Concorde in Flammen.

LINKER REFORMER

Regierungschef Léon Blum erhöht die Löhne, führt Betriebsräte und bezahlten Jahresurlaub ein. Dass sich die wirtschaftliche Lage Frankreichs verschlechtert, kann er nicht verhindern.



Zunächst sinkt die Produktion, dann brechen die Preise ein, bevor sich die Abwärtsspirale in Bankrotten und Massenentlassungen fortsetzt.

Eisenbahn unterdrückt, spaltet sich die linke Bewegung 1920. Eine Minderheit versammelt sich hinter dem Sozialisten Léon Blum, die Mehrheit bildet die Moskau-nahe SFIC (Section française de l'internationale communiste), die spätere Kommunistische Partei Frankreichs.

Das regierende Mitte-rechts-Bündnis wird vor allem durch das wachsende Misstrauen gegenüber den USA und Großbritannien zusammengehalten – und durch die Feindschaft zu Deutschland. Als Berlin sich im Frühjahr 1921 weigert, die ultimativ auf 132 Milliarden Goldmark angesetzten Reparationen hinzunehmen, marschieren alliierte Truppen in Duisburg-Ruhrort und in Düsseldorf ein; zwei Jahre später besetzen Franzosen und Belgier nach neuem Streit das Ruhrgebiet. Das Vorgehen isoliert Paris gegenüber Briten und Amerikanern; außerdem wird die Besatzung zum wirtschaftlichen Desaster. 1924 verordnet Regierungschef Raymond Poincaré eine drakonische Steuererhöhung – und verhilft damit den Linken zum Wahlsieg.

Als Poincaré-Nachfolger steht fortan Edouard Herriot einem wackligen Bündnis vor, das unter dem Namen „Linkskartell“ firmiert. Außenpolitisch setzt Herriot auf die Wiederannäherung an Großbritannien, die Anerkennung der Sowjetunion und ein System kollektiver Sicherheit: Aristide Briand, zwischen 1925 und 1932 fast ununterbrochen Frankreichs Außenminister, verständigt sich mit seinem Kollegen Gustav Stresemann auf eine Reduzierung der Reparationen, die gegenseitige Anerkennung der Grenzen und Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund. Die Männerfreundschaft, für die beide 1926 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet werden, sorgt für Annäherung, aber mit ihrem Traum einer europäischen Aussöhnung sind die beiden Politiker ihrer Zeit weit voraus.

Wirtschaftlich erleidet das Linkskartell jedoch Schiffbruch. Saftige Kapitalsteuern und die Ausgabe von kurzfristigen Schuldverschreibungen erschüttern das Vertrauen der Unternehmer und beschleunigen die Kapitalflucht. Unter dem Druck der Finanzkrise bricht im Juli 1926 das Kartell auseinander.

Poincaré, als Feuerwehrmann in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewährt, wird Regierungschef einer „Union nationale“. Mit einer drastischen Abwertung stoppt er den Verfall

des Franc. Mit der Konsolidierung kehrt das abgewanderte Kapital zurück, innerhalb eines Jahres erreicht der notorisch defizitäre Haushalt schwarze Zahlen. Der Aufschwung lässt die Zahl der Industriearbeiter bis 1931 auf sieben Millionen ansteigen, und vor allem die Großunternehmen profitieren von einem wahren Innovationsschub. Soziale Neuerungen folgen: Sozialversicherung, freie höhere Schulbildung, eine Pension für Kriegsteilnehmer.

Der Aufwärtstrend hält sogar noch an, als nach dem New Yorker Börsenkrach am Schwarzen Freitag 1929 der Absturz der Weltwirtschaft ganz Europa erfasst. Doch die „größte Krise des modernen Kapitalismus“, so Historiker Martens, erreicht die Franzosen nur mit Verzögerung: Zunächst sinkt die Pro-

duktion, dann brechen die Preise ein, bevor sich die Abwärtsspirale in Bankrotten und Massenentlassungen fortsetzt.

Die hereinbrechende Krise beschert den Linken 1932 einen erneuten Wahlsieg. Wie 1924 wird Edouard Herriot vom „Parti radical“, der wichtigsten bürgerlich-linksrepublikanischen Formation, Regierungschef, doch er bildet überraschend kein neues Linkskartell. Sein Versuch, die Ansprüche von Kapital und Arbeit zu versöhnen, kann den wirtschaftlichen Niedergang nicht aufhalten und endet im zermürbenden Konflikt mit dem Parlament: In 18 Monaten wechseln sechsmal die Regierungen.

Der Frust über die verschlissenen politischen Alternativen von Rechts bis Links, die Desillusionierung über das herkömmliche demokratische System, lässt Vereine und Verbände am rechten Rand des Parteienspektrums entstehen. Die sogenannten Ligen mobilisieren die Verlierer der damaligen Globalisierungskrise – allesamt beseelt von der Rückkehr der Nation zu Autorität, Ordnung und Stabilität.

Rechte wie rechtsextreme Bewegungen orientieren sich auch am faschistischen Vorbild Italiens: Gruppen wie „Faisceau“, „Francisme“ oder „Jeunes patriotes“ sind straff organisiert, mit eigenen Milizen und Sicherheitsdiensten, und verstehen sich vor allem als „Bewahrer der Nation“. Die „Solidarité française“, gegründet vom Parfumeurhersteller François Coty, verfolgt das Ziel einer plebiszitären Volkdemokratie und tritt auch äußerlich auf wie die rechten Kameraden in den Nachbarländern: Uniformiert in blauen Hemden, den gallischen Hahn als Emblem, verschafft sich der Verband vor allem dank seiner Tageszeitung („L'Ami du peuple“) unter den Arbeitern großen Einfluss.

Intellektuell bedeutsamer ist die „Action française“, ein zunächst monarchistischer Verband des Schriftstellers Charles Maurras. Zugleich nationalistisch, militant katholisch und antisemitisch, versucht Maurras einen ideologischen Brückenschlag zwischen Traditionalisten und modernen Gegnern des Parlamentarismus. Mit den „Camelots du roi“ verfügt die Organisation zudem über eine mehrheitlich studentische Einsatztruppe, die wegen ihrer aggressiven Rauflust berüchtigt ist.

Straff organisiert tritt auch die Organisation „Croix-de-feu“ auf den Plan: Einst ausschließlich Orden tragenden Frontkämpfern vorbehalten, wird der Verband unter Oberst François de La Rocque ab 1931 zur militanten Organisation umgeformt. Unter Führung des Weltkriegsoffiziers und strammen Patrioten wandelt sich der Veteranenverein zu einer Massenorganisation. Ihre Gliederungen wie etwa der Jugendverband „Volontaires nationaux“ (späteres Mitglied: François Mitterrand) verstehen sich als Stützen der Nation – auch vor der „deutschen Gefahr“.

Ihrer zahlenmäßigen Stärke zum Trotz addieren sich die rechtsradikalen und antiparlamentarischen Widersacher der Regierung aber nicht zur existentiellen Bedrohung für die Dritte Republik. „Die Rechten Frankreichs haben nicht die Organisationstiefe der deutschen NSDAP“, erklärt Wirsching, „und bei vielen der Nationalisten verbirgt sich hinter virulentem Anti-Parlamentarismus ein tiefsitzender Respekt vor der Institution der Republik.“

Die ist daher nicht einmal am 6. Februar 1934 in Gefahr, als sich der propagandistisch entfachte Volkszorn gegen die Abgeordneten der Nationalver-



AUSSÖHNUNG

Der französische Außenminister Aristide Briand verständigte sich mit seinem deutschen Kollegen Gustav Stresemann darauf, die Reparationen zu reduzieren und die Grenzen gegenseitig anzuerkennen.

sammlung richtet. Dennoch, sagt Historiker Martens, war die Konfrontation an der Concorde-Brücke ein „Wendepunkt der französischen Geschichte“: Als eine Woche später die Linken zum Generalstreik und zu Demonstrationen aufrufen, treffen die getrennt marschierenden Kolonnen von Sozialisten und Kommunisten aufeinander und proben mit dem Kampfruf „Gemeinsam handeln“ die spontane Verbrüderung. Auch die Parteispitzen folgen schließlich der Solidarität an der Basis – das warnende Beispiel von Hitlers Machtergreifung hat die KP-Führung zum Kurswechsel bewogen. Statt sich zu bekämpfen, formiert sich die Linke in Frankreich zur Volksfront und stärkt damit die Republik.

Schon bei den Kommunalwahlen 1935 zeichnet sich eine linke Sammlungsbewegung ab, der sich bald auch die vereinigten Gewerkschaften anschließen. Die Parlamentswahlen im April/Mai 1936 bestätigen den Trend – die Volksfront siegt und verfügt über eine Mehrheit von 386 zu 222 Stimmen.

Der Triumph löst landesweit Streiks von „volksfestähnlichem Charakter“ aus. Fabriken und Werkshallen werden besetzt, die Kommunisten und Sozialisten feiern den Wahlerfolg als Sieg der Arbeiterklasse. Rote Fahnen werden geschwenkt, man streikt für die 40-Stunden-Woche, aber es ertönt kein Ruf nach einer kommunistischen Revolution, was die bürgerliche Rechte radikalisiert hätte.

„Aus deutscher Perspektive ist es schon überraschend“, so Faschismus-Forscher Wirsching, „trotz markiger Klassenkampffarolen und Revolutionsrhetorik werden in Frankreich sogar die Kommunisten als quasi staatstragende Kräfte vorübergehend in den Konsens der Republik integriert.“

Neuer Regierungschef wird der Sozialistenführer Léon Blum, der binnen acht Wochen nach seinem Amtsantritt eine lange Liste von Reformen abarbeitet: Betriebsräte werden per Gesetz ebenso verordnet wie Lohnerhöhungen, Flächentarifverträge und – als besondere Krönung der Volksfrontreformen – zwei Wochen bezahlter Jahresurlaub. Erstmals fahren Arbeiter und ihre Familien ans Meer, radeln an Loire und Marne entlang oder entdecken Camping in der Natur.

Das Füllhorn sozialer Errungenschaften hat seinen wirtschaftlichen Preis. Die Lohnstückkosten erhöhen sich, die Produktion geht zurück, bei steigender Inflation.

Gleichzeitig verschärft der Sieg der Linken die Gewaltbereitschaft rechtsextremer und faschistischer Organisationen. Am rechten Rand formieren sich politische Parteien. Eine von ihnen, der „Parti social français“ des Obersts de La Rocque, schwillt auf bis zu 700 000 Mitglieder an – und hat damit mehr Gefolgsleute als Sozialisten und Kommunisten zusammen. Parallel dazu wachsen Fremdenhass und Antisemitismus, auch gegen jene rund 50 000 Juden, die vor den Nazis aus Deutschland geflohen sind.

Zusätzlich außenpolitisch unter Druck, verkündet Léon Blum im Februar 1937 eine „Pause“ bei den Wirtschaftsreformen und gibt im Juni ganz auf. Auch eine zweite Regierung unter Blum scheitert ein Jahr darauf. Nachfolger Edouard Daladier profitiert von einer kurzfristigen Konjunkturverbesserung, doch nun gerät Frankreich in den Strudel außenpolitischer Konflikte: Das Münchner Abkommen, der deutsche Einmarsch in der Tschechoslowakei, der Hitler-Stalin-Pakt polarisieren Parteien und Öffentlichkeit. Am



Tag des Einmarschs der Wehrmacht in Polen wird die Generalmobilmachung angeordnet und Deutschland am 3. September der Krieg erklärt.

Entlang der massiven Bunkeranlagen der Maginot-Linie verharren die Franzosen acht Monate im Sitzkrieg – wartend auf den Feind; diese sogenannte „drôle de guerre“ endet mit dem deutschen Angriff durch die Ardennen und dem Vorstoß an den Ärmelkanal, am 14. Juni wird Paris besetzt.

Ganz Frankreich befindet sich auf der Flucht. Marschall Philippe Pétain übernimmt die Regierung. Nach dem Waffenstillstand etabliert sich der Rumpfstaat in Vichy, im unbesetzten Süden Frankreichs, als „Etat français“. Während General Charles de Gaulle am 18. Juni von London aus – weitgehend ungehört – zum Widerstand aufruft, erhält der Marschall drei Wochen später weitgehende Vollmachten, die die parlamentarische Demokratie endgültig aushebeln. Es ist das Ende der Dritten Republik.

Die Vorfälle vom 6. Februar 1934 werden unter deutscher Besatzung noch einmal propagandistisch aufbereitet: In der Wochenschau vom Februar 1944 verkehrt das Vichy-Regime den antiparlamentarischen Aufruhr an der Place de la Concorde zum Massenprotest aufrechter Franzosen gegen die „Fahrlässigkeit eines Regimes“, das unter „jüdischem Einfluss den Krieg und die Niederlage“ herbeigeführt habe. ♦

DEUTSCH-FRANZÖSISCHES VERHÄLTNIS

Der französische Ministerpräsident Edouard Daladier (l.) sitzt am 29. September 1938 neben dem deutschen Außenminister Joachim von Ribbentrop in einer Staatskarosse auf dem Weg zu Adolf Hitler. Nicht einmal zwei Jahre später, am 14. Juni 1940, paradieren deutsche Soldaten nach dem Einmarsch durch Paris (im Hintergrund der Arc de Triomphe).